

<https://www.jungewelt.de/2017/01-20/033.php>

Ausgabe vom 20.01.2017 / Seite 7 / Ausland

# Warten auf den Frieden

## Syrien: Auf einer Konferenz im kasachischen Astana wollen sich die Konfliktparteien über einen Waffenstillstand verständigen

Von Karin Leukefeld



Hoffen ebenfalls auf Frieden: Unterstützerinnen des syrischen Präsidenten Baschar Al-Assad mit einem - überdimensionalen Brief an den Staatschef am Freitag in Aleppo Foto: AP Photo/Hassan Ammar

Im kasachischen Astana wollen sich am 23. Januar Vertreter der syrischen Regierung mit Abgesandten der bewaffneten Aufständischen treffen, um über einen Waffenstillstand zu verhandeln. Der syrische Präsident Baschar Al-Assad erklärte in einem Interview mit dem japanischen Sender *TBS*, die Gespräche sollten sich auf einen Waffenstillstand konzentrieren. Von Regierungsseite gäbe es das Angebot von Versöhnungsabkommen.

Im Vorfeld der Gespräche hat der russische Präsident Wladimir Putin am Mittwoch Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten François Hollande Einzelheiten der russisch-türkisch-iranischen Vereinbarung über einen möglichen Waffenstillstand in Syrien mitgeteilt. Dies erklärte der Kreml am Mittwoch.

Noch immer ist nicht klar, wer alles an dem Treffen in Kasachstan teilnehmen wird. Als Vertreter der neuen US-Administration käme der designierte Nationale Sicherheitsberater General Michael Flynn infrage. Die Türkei äußerte ihre Zustimmung zu einer Beteiligung der USA, während der Iran sich ablehnend zeigte: »Wir haben die USA nicht eingeladen, wir sind dagegen, dass sie teilnehmen«, wurde der iranische Außenminister Mohammed Dschawad Sarif von der Nachrichtenagentur *Tasnim* zitiert. Keine Differenzen gibt es darüber, dass auch der UN-Sonderbeauftragte Staffan de Mistura dabeisein soll. Er sagte seine Teilnahme am Donnerstag zu.

Nicht vorgesehen ist derweil die Teilnahme von Ländern der EU. In Paris hieß es nach dem Telefonat mit Putin, Hollande habe betont, dass es einen Frieden in Syrien nur unter der Kontrolle der Vereinten Nationen geben könne. Die Astana-Konferenz könne nur »ein Schritt auf dem Weg« sein. Einen Kommentar aus Berlin gab es bis zum *jW*-Redaktionsschluss noch nicht.

Möglicherweise setzt die Bundesregierung auf ihren Topmann Volker Perthes, der als Teil des Teams von De Mistura bei den Verhandlungen in Astana zugegen sein dürfte. Perthes steht dem UN-Sonderversmittler seit einem Jahr als Koordinator der »Taskforce Waffenstillstand« zur Seite. Er ist Direktor der von der Bundesregierung finanzierten Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

Im Jahre 2012 hatte SWP die Entwicklung des Projekts »The Day After« (»Der Tag danach«) für Syrien unterstützt. Dieses diente dazu, Pläne für die Zeit nach einem von der syrischen Opposition angestrebten »Sturz des Regimes« zu entwickeln.

Zu der möglichen Teilnahme der Golfstaaten erklärte der stellvertretende syrische Außenminister Faisal Mekdad am Mittwoch gegenüber dem libanesischen Fernsehsender *Al-Majadin*, für Saudi-Arabien und Katar gebe es nur dann einen Platz bei den Astana-Gesprächen, wenn sie ihre Unterstützung für Terroristen stoppten. Alle, die »ernsthaft an einer Lösung der Krise in Syrien arbeiten, die die Souveränität respektieren, gegen den Terror kämpfen und alle Sanktionen aufheben«, seien bei den Gesprächen willkommen.

Aus russischer Sicht sollen so viele Gruppen der bewaffneten Aufständischen wie möglich an den Gesprächen in Astana teilnehmen. Bisher haben 14 von ihnen ihre Teilnahme zugesagt. Alle haben am 29. Dezember 2016 der von Russland, der Türkei und Iran ausgehandelten Waffenruhe zugestimmt.

Unklar ist, ob die Gruppe Ahrar Al-Scham teilnehmen wird. Sie gilt als einer der Kampfverbände, die auch mit der dschihadistischen Nusra-Front kooperieren. Zuletzt hatten beide Kampfgruppen die Wasserversorgung für Damaskus an der Al-Fidscha-Quelle blockiert.

Ob zivile Oppositionsgruppen an dem Treffen teilnehmen werden, ist unklar. Ausgeschlossen von dem Treffen wurde neben der Nusra-Front und der Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS, arabisch: Daesch) auch die kurdische Partei der Demokratischen Union (PYD). Die Türkei sieht in der Organisation, der sie eine Nähe zur verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans PKK vorwirft, mittlerweile ihren wichtigsten Gegner.